



# Kostenlos Gegenwind

Zeitung für Arbeit, Frieden, Umweltschutz

Gegenwind 259

Wilhelmshaven

Juli 2011

## Das wär's!

Wilhelmshavener BürgerInnen geben die Hoffnung nicht auf



## Das ist's

➔ Zwei Schwerpunkte gibt es in diesem Gegenwind. Wir berichten auf Seite 2, wie es dazu kam, dass für den Erhalt der Südzentrale mal wieder ein Fünkchen Hoffnung aufkam. Ein hochrangig besetztes Symposium in den Räumen des Marinemuseums machte wohl auch den letzten Zweiflern klar, was für einen hohen Stellenwert das langsam verfallende Kraftwerk hat.

➔ Wilhelmshaven schrumpft – welche Maßnahmen müssen ergriffen werden, um trotz sinkender Einwohnerzahlen die Städte für die Bürger lebenswert zu erhalten? Seite 5.

➔ Wir berichten auf Seite 6 über einige Neuregelungen des Sozialgesetzbuches – und wie Sie für die Erhöhung des Regelsatzes aktiv werden können.

➔ Zur Monatsversammlung der Arbeitsloseninitiative erschienen 5 Oberbürgermeister-Kandidaten. Auf Seite 7 erleben Sie ein eher ruhiges Beisammensein.

➔ Ungetrübte Badefreuden? Eine Nachlese auf Seite 8 über eine Radiosendung zum Thema Fäkaleinleitungen.

➔ Der Naturkostladen Jonathan hat dicht gemacht ☹ - Anfang August wird er unter neuer Leitung wieder eröffnet ☺ - Ein Dankeschön an Merle auf Seite 9.

➔ Der zweite Schwerpunkt ist wieder einmal die Situation der Linken in Wilhelmshaven. Wir berichten auf Seite 10 über die neuesten Entwicklungen innerhalb der Partei und über den Austritt von ca. 20 Mitgliedern. Abschließend gibt es noch ein Gespräch mit einem Vorstandssprecher.

➔ In unserer Rubrik "Das Letzte" (natürlich auf der letzten Seite) gibt es auch einen Schwerpunkt – und der heißt Andreas Wagner und ist OB-Kandidat der CDU.

➔ Nachrichten und Termine finden Sie wie immer kreuz und quer im Heft verstreut.

**Gegenwind im Internet**  
[www.gegenwind-whv.de](http://www.gegenwind-whv.de)

# Nachrichten

## Die alte Dame

Unser Titelbild und den folgenden Text entnehmen wir dem "Bürger-Portal Wilhelmshaven" ([www.buerger-whv.de](http://www.buerger-whv.de)) *Ein strahlender Sonnentag im Jahre 2014 vor dem überregional bekannten Kulturzentrum Südzentrale in Wilhelmshaven. Buchstäblich im letzten Moment konnte die Südzentrale im Herbst 2011 doch noch vor dem Abriss gerettet werden. Im Jahre 2012 haben sich Sponsoren und Investoren gefunden, zwar erst langsam, doch dann immer stetiger. Nach zwei Sanierungsabschnitten wurde die Südzentrale Ende 2013 ihrer neuen Bestimmung als Kulturzentrum übergeben. Rechts im unteren Bild erkennbar der gut laufende SÜSU-Supermarkt, links ein Tanzlokal. In der Mitte das eigentliche Kulturzentrum. Oben links am Dachgiebel eine gewollte "Ecke des Verfalls" als Mahnung und Erinnerung. Hier im Kulturzentrum Südzentrale, 2014 erstmals mit eingebunden ins Wochenende an der Jade, ist ein neuer kultureller Mittelpunkt entstanden. Man erinnert sich an 2011, als alles auf des Messers Schneide stand und ist dankbar, dass es anders, besser kam, als die meisten damals prognostiziert haben...*

Die Südzentrale ist eine alte Dame, deren Maschinen zur Lebenserhaltung bald abgestellt werden sollen. Obwohl sie nie bestimmt hat, dass die "Maschinen zur Lebensverlängerung" abgestellt werden sollen. Wir könnten sie jederzeit aus dem Wachkoma hervorholen. Jederzeit, wenn der Wille da ist. Noch gibt es in dieser Stadt geschichtsinteressierte Menschen, die staunend vor dem schwungvollen Dach der Südzentrale stehen und einfach nur ergriffen sind.

Alles ist möglich. Noch immer. Auch eine Sanierung im historischsten und schönsten und ältesten Teil der Stadt.

Bild und Text von Holger Raddatz

Ab Seite 3 können Sie weitere Infos zur Südzentrale finden.

## Kein Programm

Die Kreismitgliederversammlung zur Aufstellung des Wahlprogramms hat am Sonnabend, den 25.06.2011 den Beschluss gefasst, das Rahmenwahlprogramm der LINKEN Niedersachsen wie vorgegeben zu übernehmen.

Die weitergehenden vorgeschlagenen programmatischen Eckpunkte für Wilhelmshaven und Anträge wurden nicht behandelt und veragt.

Satzungsgemäß wird zur Fortsetzung zu einer neuen Mitgliederversammlung innerhalb von drei Wochen eingeladen. (Quelle: Internetseite der Wilhelmshavener Linken) Dazu Tim Sommer in seinem Internet-Blog (<http://www.timsommer.de/>):

## Mitglieder sind weg

*Der Übergangs-Kreisverbandsvorstand der LINKEN in Wilhelmshaven steht vor einem Scherbenhaufen. Zu einer Mitgliederversammlung am vergangenen Samstag*

*erschienen die Mitglieder der Partei nicht. Einzig Teile des Übergangsvorstandes fanden den Weg zu der eigentlich wichtigsten Versammlung der LINKEN vor der Kommunalwahl. Gerade mal 9 Parteimitglieder (inkl. Vorstand!) wollten sich mit dem Wahlprogramm beschäftigen, das für diese Sitzung auf der Tagesordnung stand. Selbst die neu gewählten Ratskandidaten waren wohl mit wichtigeren Dingen beschäftigt, da auch von ihnen jede Spur fehlte.*

*Dem Vorstand blieb nichts anderes, als die Versammlung zu beenden und auf einen späteren Termin zu verlegen. Um sich der Lächerlichkeit nicht ganz Preis zu geben, wurde schnell das längst vom Landesparteitag beschlossene Rahmenwahlprogramm erneut beschlossen. (hk)*

Frühstücken Partes Konzerte

**KLING KLING**

Wilhelmshaven - Zentrum  
Börnsenstr.73 / Ecke Mitscherlichstr.

**Hier spielt die Musik**

"A LIFE AFFIRMING FRENZY OF MEXICAN ROCK N ROLL"

**PUTA MADRE BROTHERS**

BETTER THAN A JALAPENO IN THE DESERT SUN!  
THREE MEN - NO MISSION - DIRECTLY FROM AUSTRALIA

**29.07.2011**

Ticketvorverkauf ab sofort unter  
[www.kling-klang-whv.de](http://www.kling-klang-whv.de)

## Zuflussprinzip

Wenn jemand wegen Arbeitsaufnahme, Berentung oder sonstwas aus dem Bezug von Sozialleistungen wie Arbeitslosengeld II oder Sozialgeld fällt, gilt für die Einstellung der Zahlung der Sozialleistung das Zuflussprinzip: Geld kann erst dann als vorhanden angerechnet werden, wenn es vorhanden ist.. Aber was heißt "wenn"?

Das Job-Center Wilhelmshaven richtet sich nach dem Monat, in dem der Zufluss (vielleicht) kommt. So ein Beispiel hatten wir vor einiger Zeit schon einmal, als Herr Ott einen Job bekam, aber klar war, dass er seinen ersten (geringfügigen) Lohn erst Mitte des folgenden Monats bekommen würde (sh. GW 255, "Zuflussprinzip?")

Bei Familie J. drohte das Weihnachtsfest zu einer Katastrophe zu werden, als Frau J. zum 01.12. Rentnerin wurde: Rente wird immer erst rückwirkend am Ende des Monats gezahlt, aber das Job-Center zahlte schon

zum 01.12. nicht mehr. Familie J. hat sich Geld von der Bank geliehen und wird lange Zeit nicht von den Schulden wegkommen, da die Zinsen ihr Familieneinkommen schmälern und die Rückzahlungsrate massiv begrenzen. Und jetzt steht auch noch das neue Schuljahr vor der Tür!

Frau A., geschieden, allein erziehende Mutter, besucht seit Anfang Juni eine Reha-Maßnahme und hat Rente beantragt. Nach dem (sorry, unzeitigen!) Tod ihres Ex-Mannes hat sie mit ihrem Kind nun den ganzen Juni ohne Geld gelebt. Die Miete und die Heizkosten ist sie jetzt schuldig, und wann sie je Geld bekommen wird, steht momentan in den Sternen. Ab November wird sie eine Rente wegen Erwerbsminderung bekommen; die ihr zustehende Erzielungsrente wird gerade berechnet, die Halbweisenrente ihres Kindes ebenfalls. Übergangsgeld? Mal sehen... Und das Job-Center hat natürlich seine Zahlung pünktlich zum 1. Juni eingestellt. Wie war das mit dem Grundgesetz? Dies hier ist ein Sozialstaat???(noa)

## Brandanschlag auf Imbiss

Einen versuchten Brandanschlag auf einen arabischen Imbiss in der Ruselerstraße gab es am 23. Juni. Durch Aufhebeln eines Fensters gelangten die Täter in das Innere des Imbisses, wo zur Vorbereitung eines Brandes Brandbeschleuniger ausgebracht wurde. Gleichzeitig lösten die Täter beim Aufhebeln des Fensters bzw. Betreten der Räumlichkeiten gegen 01:31 Uhr einen optischen und akustischen Alarm aus. Diesen bemerkte ein Anwohner und setzte daraufhin den Imbissbesitzer telefonisch in Kenntnis. Nachdem dieser vor Ort den Einbruch sowie den Brandbeschleuniger festgestellt hatte, alarmierte er die Polizei. Behauptungen seitens autonomer Kreise, dass der seit einiger Zeit in Wilhelmshaven aktive Neonazi Christian S. hinter dem Anschlag steckt, wurden von einem Polizeisprecher gegenüber dem Gegenwind als "rein erfunden" klassifiziert. Es gab auch keine vorherigen Drohungen gegenüber dem Imbissbetreiber. Diese Behauptung entbehre, so der Sprecher der Polizei, ebenfalls jeder Grundlage. (hk)

**Gegenwind**

**Herausgeber:** GEGENWIND-Verein  
**Postanschrift:** GEGENWIND, Adolphstr. 21  
26382 Wilhelmshaven  
Tel.: 04421 / 99 49 90  
eMail: [gegenwind.whv@t-online.de](mailto:gegenwind.whv@t-online.de)

**Redaktion:** Erwin Fiege, Hannes Klöpfer (verantw. Redakteur), Anette Nowak, Matthias Tiller, Wolle Willig, Imke Zwoch;

**Druck:** Papudis; Auflage: 4.500 Exemplare  
**Bankverbindung:** Volksbank Wilhelmshaven  
Kto.-Nr.: 500 355, BLZ 282 900 63  
Der GEGENWIND erscheint unregelmäßig - mindestens 8 Ausgaben pro Jahr.  
Erscheinungstag dieser Ausgabe: 29.06.2011

**[www.gegenwind-whv.de](http://www.gegenwind-whv.de)**

\*\*\*\*\*  
Wir bedanken uns bei den vielen Ungenannten, die durch ihre Mitarbeit, durch Informationen oder durch ihre Politik zum Erscheinen dieser Ausgabe beigetragen haben.  
\*\*\*\*\*

# Die fünfte Chance

## Der Kampf um die Südzentrale ist noch nicht verloren

(iz) Mit der Rodung der Gehölze rings um die Südzentrale im Februar schien das Schicksal des einzigartigen Baudenkmals besiegelt: Den Kettensägen soll zeitnah die Abrissbirne folgen. Doch die Bürgerinitiative zur Rettung der Südzentrale kämpft bis zuletzt. Mitte Juni trafen sich erneut namhafte Fachleute und engagierte BürgerInnen zu einem Symposium, um verbliebene Chancen zum Erhalt des Gebäudes auszuloten.

Eingeladen hatten das "Forum Wilhelmshaven - Erhaltet die Südzentrale" und die Oldenburgische Landschaft. Über 100 Interessierte drängten sich im Sitzungsraum des Marinemuseums. Nicht vertreten waren die Spitzen aus Rat und Verwaltung der Stadt. Dabei war in der Ratssitzung wenige Tage zuvor über das Symposium gesprochen worden, es gab Ankündigungen in der Presse und im Stadtgebiet waren 5.000 Einladungskarten verteilt worden.

Zunächst wurden alle Fakten und Erkenntnisse zusammengetragen, die in der bisherigen Auseinandersetzung um das Baudenkmal eine Rolle spielten. Auf dieser Grundlage wurden am Nachmittag die notwendigen Schritte diskutiert. Da die Zeit drängt, wurden zwei Sofortmaßnahmen beschlossen:

- eine Resolution zum Erhalt der Südzentrale (siehe Kasten)
- die Gründung eines gemeinnützigen Vereins, der im Unterschied zum bisherigen Forum rechtsfähig ist, offizielle Sprecher entsenden und Spenden sammeln kann.

### Resolution Südzentrale Wilhelmshaven

Mit dem folgenden Text werden ab Ende Juni (auch auf dem "Wochenende an der Jade") Unterschriften zum Erhalt der Südzentrale gesammelt:

#### Gegen Abriss, für Erhalt!

- Die Südzentrale ist ein unwiederbringliches Kulturdenkmal der Gründungsgeschichte der Stadt Wilhelmshaven und ein Industriedenkmal von internationalem Rang. - Der Abriss muss verhindert werden.

- Wir fordern die politisch Verantwortlichen auf, umgehend das Gespräch mit dem Eigentümer der Südzentrale aufzunehmen.

- Wir fordern einen öffentlichen Diskurs über das Schicksal der Südzentrale unter verantwortlicher Mitwirkung der städtischen Verwaltung.

- Wir fordern die erneute Überprüfung der Grundlagen der erteilten Abrissgenehmigung.

- Wir fordern auf, den Eigentümer auf die Pflicht zur Sicherung und Erhaltung des Baudenkmals hinzuweisen.

Mit heutigem Datum, dem 18.6.2011, befindet sich ein Verein zum Erhalt der Südzentrale in Gründung, der es sich zur Aufgabe macht, das bürgerschaftliche Engagement zum Erhalt der Südzentrale zu vertreten und konstruktiv Planungen, Ideen und Mitteleinwerbung zu diesem Zwecke zu betreiben.

### Bemerkenswert hochkarätig

Nicht zum ersten Mal sind Fachleute aus ganz Niedersachsen und darüber hinaus an einem Wochenende nach Wilhelmshaven gekommen, um ihre Kompetenz für den

Erhalt der Südzentrale einzusetzen. Das sollte nicht nur unseren Politikern zu denken geben: Wenn die Fachprominenz einen solchen Aufwand betreibt, muss ihnen die Südzentrale persönlich ein besonderes Anliegen sein.

Martin Thumm, Prof. für Architektur, Baugeschichte und Baudenkmalpflege an der Hochschule für angewandte Wissenschaft und Kunst (HAWK) Hildesheim, moderierte das Symposium. Corinna Nickel, Motor des Forums Südzentrale, verlas den Vortrag des erkrankten Jörg Michael Henneberg (stv. Geschäftsführer der Oldenburgischen Landschaft) mit dem Titel "Wilhelminische Zweckarchitektur und die Bedeutung der Südzentrale für diese Zeit". Als Mitbegründer der "Gesellschaft für wilhelminische Studien" hält Henneberg den Erhalt des "bedeutenden Ensembles der Moderne" (KW-Brücke und Südzentrale) für unverzichtbar: "Die Kaiser-Wilhelm-Brücke braucht die Kulisse der Südzentrale!"

Vor allem die Politiker haben die Bodenhaftung verloren, die glauben nur noch an die Globalisierung. Sie sehen nicht, wie sehr die Menschen an den alten Bauten hängen und wundern sich dann über die Proteste.

Gottfried Kiesow, Vorsitzender der Deutschen Stiftung Denkmalschutz

Als Ortskuratorin der deutschen Stiftung Denkmalschutz machte Micaela Schweers-Sander deutlich, wie die Stiftung mit erheblichen Zuschüssen zum Erhalt von Baudenkmalen wie der Südzentrale beitragen kann. Aktuell wird die K-W-Brücke mithilfe verschiedener Fördertöpfe saniert. Auch die Deutsche Stiftung Denkmalschutz leistet ihren Beitrag. Man hätte die Fördermittel an die Bedingung knüpfen können, auch die Südzentrale zu sanieren - diese Chance wurde leider verpasst.

Dr. Stefan Huck, Leiter des Marinemuseums, berichtete über die "Idee zum Museum im Kraftwerk - der tägliche Blick auf den Verfall". Beinahe wäre das Marinemuseum damals dort eingezogen, doch man schreckte davor zurück, das immense Raumangebot auch tatsächlich füllen zu müssen. Mit ihrem "unglaublichen Charme" könne die Südzentrale, im Ensemble mit der K-W-Brücke, zu einem "Aushängeschild" der Stadt werden.

Tom Nietiedt hielt das engagierte Referat "Bestand sanieren und nutzbar machen - Potenziale der Südzentrale aus der Sicht eines Wilhelmshavener Unternehmers". "Die Stadt sollte tief in sich gehen, um Visionen für die Finanzierung zu entwickeln." Die Kommune könne das Gebäude immer noch erwerben, trotz des klammen Stadtsäckels sei für wichtige Investitionen immer Geld vorhanden. Seine Idee für eine kreative Finanzierung: eine "Sanierungsaktie". Es könne nicht die

### Sachstand

Wissenswertes Fakten, die beim Symposium zusammengetragen wurden:

- Entgegen anderslautender Gerüchte ist die Südzentrale seit 1987 ein geschütztes Baudenkmal. Durch die Abrissgenehmigung wird der Denkmalschutz nicht aufgehoben.

- So lange das Gebäude steht, sind die Eigentümer verpflichtet, es zu sichern. Offene Fenster und Türen ermöglichten den Diebstahl wertvoller Elemente wie Jugendstil-Geländer oder Terrazzo-Fußböden. Das hätte nie passieren dürfen. Mittlerweile besteht beim Betreten des Gebäudes hohe Verletzungsgefahr durch herabfallende Teile.

- Die Stadt ist als Ordnungs- und untere Denkmalbehörde verpflichtet, den Eigentümer auf seine Sicherungspflicht hinzuweisen. Kommt er dieser nicht nach, so muss die Stadt das übernehmen und ihm die Kosten in Rechnung stellen ("Ersatzvornahme").

- Aktuelle Interessen zur Nutzung nach einem Abriss bestehen seitens eines benachbart angesiedelten Unternehmens, alternativ Nutzung als städtischer Parkplatz.

Neue Entwicklungen nach dem Symposium:

- Die Eigentümer haben Kontakt zum "Forum Wilhelmshaven - Erhaltet die Südzentrale" aufgenommen und Interesse an einer Zusammenarbeit gezeigt.

- Die Stadt hat den Eigentümern wieder Gesprächsbereitschaft signalisiert.

Vision der Stadt sein, nach dem Abriss das Gelände für einen Parkplatz zu planen - "das wäre ein Schandfleck".

Dipl. Ing. Hermann Schiefer und Dipl.-Ing. Wolfgang Ness vom Landesamt für Denkmalpflege Niedersachsen (Hannover) informierten zum "Denkmalstatus Südzentrale, Chronologie von möglichem Potenzial und verpassten Chancen". Sie bedauerten, dass die Stadt es 1993 "verschlafen" hat, die Südzentrale zu einem damals noch moderaten Preis vom Bund zu erwerben. Man müsse der Stadt "ganz deutlich vorwerfen", dass Anstrengungen zum Erhalt dieses "Identifikationsmerkmals für die BürgerInnen" nicht von den Stadtspitzen mitgetragen wurden.

### Vier verpasste Chancen

Schiefer blickte zurück auf die verpassten Chancen zum Erhalt des Gebäudes:

1. Die Nutzung für das Marinemuseum - "die größte Chance, die die Südzentrale je hatte"
2. Die Eigentümer hatten ein Konzept für eine gemischte Nutzung - die Stadt hielt an der Nutzung des Geländes für hafenwirtschaftliche Zwecke fest
3. Die Gründung der Bürgerinitiative "Forum Wilhelmshaven - Erhaltet die Südzentrale"
4. Förderprogramm "Städtebaulicher Denkmalschutz" - dazu gab es im November 2010 einen großen Termin in WHV mit Eigentümern und Sozialministerium - für die Aufnahme ins Programm ausreichende Nutzungsperspektiven wurden dem Ministerium nicht dargelegt.

Die fünfte Chance ist nun das Symposium mit den daraus resultierenden Ergebnissen und Aktivitäten. Schiefer betonte, dass ➡

die Chance zur Förderung weiterhin besteht - "der Antrag hat im Moment nicht oberste Priorität, steht aber in der Warteschleife".

Dipl.-Ing. André Winter vom Staatlichen Baumanagement Weser-Ems (Beitrag "Wege für den Erhalt; Südzentrale - was bleibt?") graust es vor "geschredderter Geschichte", die er am Beispiel der Banter Kaserne anschaulich darstellte.

Prof. Dr. Uwe Meiners, Leiter des Museumsdorfes Cloppenburg, nahm sich zwischen anderen Terminen an diesem Tag die Zeit, nach Wilhelmshaven zu kommen und über die Möglichkeiten zur Erhaltung historisch bedeutsamer Bauten zu berichten. Pastor Frank Morgenstern, der den Erhalt der Südzentrale seit langem aktiv unterstützt, nahm sich vor einem Trauungstermin die Zeit für einen "Blick zurück - Glaube - Hoffnung - Begleitung durch die Gemeinde".

In Wilhelmshaven treiben Wilhelms wahn-sinnige Erben immer noch ihr Unwesen, und im dreckigen Sumpf paaren sich unverdrossen Ignoranz und Korruption. Architektur und Stadtgeschichte werden als Schandfleck gebrandmarkt und sollen für privaten Profit niedergemacht werden. Während die Bürger für den Erhalt eines Kulturdenkmals kämpfen, sieht die Politik beim Anblick der Südzentrale nur das Geld. Der Verwaltung im kaiserlichen Wilhelmshaven fehlt es ganz entschieden an demokratischen Umgangsformen.

*Henning Venske, Journalist, Schauspieler, Kabarettist, Träger der Biermann-Ratjen-Medaille der Stadt Hamburg für besondere kulturelle Verdienste*

### Motivationsschub

Axel Föhl ist der Begründer der Industriedenkmalpflege in Deutschland und hat sich u. a. als Sprecher von Fachgremien, als Lehrbeauftragter und durch Veröffentlichungen und Ausstellungen zur Industriearchitektur und Technikgeschichte europaweit einen Namen gemacht. In seinem halbstündigen Bildvortrag präsentierte Föhl eindrucksvolle Beispiele von der Geschichte, dem Verfall, der Sanierung und neuen Nutzung historischer Industriebauten in Deutschland und

Eine unselige Allianz jedoch aus chronischem Geldmangel und ignoranter Tatenlosigkeit sowie allmächtiger Hafengewirtschaft im Hintergrund vereitelte immer wieder, was in anderen Städten mit konstruktivem Wollen gelingt.

*"taz" - Bericht über die Südzentrale "Unter-schätztes Erbe" vom 16.5.2011*

Europa. Seine seit Jahrzehnten ungebremste Begeisterung übertrug sich sofort auf das Publikum. Solch ein Vortrag vor dem Rat der Stadt hätte mit großer Wahrscheinlichkeit einen einstimmigen Ratsbeschluss zum Erhalt der Südzentrale bewirkt!

### Was nun?

Wenige Tage nach dem Symposium wurde die Gründung des Vereins zum Erhalt der Südzentrale, hinter dem auch prominente

*Ihr könnt doch, wenn ihr nur wollt!*

*Wenn es um Visionen geht, fällt vielen nur das abgedroschene Zitat von Altbundeskanzler Helmut Schmidt ein, wonach, wer Visionen hat, besser zum Arzt gehen sollte. Gähnen. Ich habe die Vision, dass Axel Föhl sich ins Goldene Buch der Stadt einträgt; unser Oberbürgermeister ist stolz, dass er den obersten Industriedenkmalsschützer Deutschlands als Ehrengast begrüßen darf. Im Tageblatt ein anerkennender Bericht über ein zierliches Energiebündel namens Corinna Nickel, gebürtig in Wilhelmshaven, die es mit beharrlichem Einsatz geschafft hat, unsere Stadt als bedeutenden Standort des Denkmalsschutzes weithin bekannt zu machen. Nicht zu vergessen das Foto mit Menzel & Co bei der Einweihung der neuen Stadthalle im renovierten Gebäude der Südzentrale.*

*Vielleicht sollte ich wirklich zum Arzt ge-*

hen. Jedenfalls wird mir immer schlecht angesichts der Ignoranz, mit der unsere Betonköpfe dem Phänomen Südzentrale begegnen. Dabei können sie doch so viel erreichen, wenn sie es nur wollen: Durch unermüdliche Anstrengungen ließen sie ihre Vision vom JadeWeserPort Wirklichkeit werden! Derweil wurde die Südzentrale gebetsmühlenhaft als "Schandfleck" abgestempelt und die Kommunikation mit den Eigentümern darauf reduziert, bereitwillig den Abriss zu genehmigen. Das Symposium Mitte Juni schlug ein wie eine Bombe: Plötzlich reden wieder alle miteinander, in deren Händen das Schicksal der Südzentrale liegt. Jetzt gilt es für alle Beteiligten, diese vermutlich letzte Chance zum Erhalt der Südzentrale anzupacken.

**Imke Zwoch**

## Der Schrumpfung

### Akzente für Stadtplanung und Kommunalpolitik

(iz) Leerstehender Wohnraum, sinkende Einwohnerzahlen, Schulschließungen, Überalterung: Kein Grund zur Panik, aber es wird Zeit, was zu ändern. Mit Diskussionsabenden sorgte die Architektenkammer für Bewegung in den Köpfen – hoffentlich auch bei den Richtigen.

Wie erleben Wilhelmshavener ihre Stadt? Wer prägt und nutzt die Stadt? Wie kann sich der interessierte Bürger in Entscheidungsprozesse einbringen? Welche Zukunft hat Wilhelmshaven? In Leserbriefen, bei Ratsitzungen, Podiumsdiskussionen und im Wahlkampf werden diese Fragen immer mal diskutiert. Geändert hat sich dadurch nichts, alle machen weiter wie bisher. Wer meckert, ist ein "Nestbeschmutzer"; wer eingefahrene Strukturen in Frage stellt und neue Ideen hat, gilt als Spinner. Eigentlich wie aufm Dorf. Umso besser, dass mal Außenstehende ihre Sicht auf Wilhelmshaven wiedergeben und auch Ideen mitbringen, die andernorts schon funktioniert haben.

2006 startete die Architektenkammer Niedersachsen die Podiumsdiskussionsreihe "Stadtgespräche" in Hannover. Jedes Jahr ist eine andere Stadt an der Reihe. In Kooperation mit dem Verband der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft in Niedersachsen und Bremen (vdw) wurden jetzt in der Kunsthalle Wilhelmshaven drei Themenabende mit Experten aus Wirtschaft, Stadtpolitik, Soziologie, Kultur, Architektur und Stadtbaugeschichte organisiert. Die breite Öffentlichkeit ist ausdrücklich angesprochen, in den Diskurs einzusteigen.

"Shrinking City Wilhelmshaven" war der Titel des ersten Abends. Der Anglizismus deutet darauf hin, dass schrumpfende Städ-

Hier gibt es mittelalterliche Getränke

Met (Honigwein)  
lieblich - halbtrocken - trocken

Honigbier  
Bärenfang  
Kirschbier  
Schottisches Bier



Kiosk Buß (neben dem Klingklang)  
Mitscherlichstr. 5, 26382 WHV  
www.metecke.de

# Rechtschreibwerkstatt

Anette Nowak  
Legasthenietherapie  
Lese-/Rechtschreibtraining  
Diagnose und Beratung  
Auskunft und Anmeldung  
04421 - 99 64 70

Musikschule

## school of rock

wilhelmshaven

schlagzeug - gitarre - bass  
keyboard - gesang - recording

...learn to play.

www.schoolofrock-whv.de  
info@schoolofrock-whv.de  
Tel.: 04421/366423

# 1. Bezirk Südstadt-Ost

## BAVARIA KRUG

### Betreutes Trinken seit 1913!

te ein internationales Thema sind. Unlängst meldete sich ein holländischer Kollege beim vdw: "Ich möchte mir gern informieren über der Schrumpfung."

#### Klare Ansage

Carsten Ens, Sprecher des vdw, startete mit einem beherzten Impulsreferat. Er beklagte den "unheilvollen Trend", Genossenschaftswohnungen an "Heuschrecken" zu verkaufen – so wie es in Wilhelmshaven vor 11 Jahren mit der WoBau Jade passiert<sup>1)</sup> (mit dem Erlös von ca. 100 Mio. DM war die Stadt kurzfristig schuldenfrei, inzwischen ist alles verbraten und der Haushalt wieder im roten Bereich - red). "Ein unglaublicher Vorgang", wettete Ens, "dessen Tragik die Stadtpolitiker im Ansatz nicht erfasst haben." Inzwischen sei die Jade schon dreimal weiterverkauft worden, der jetzige Besitzer war bis vor Kurzem nicht bekannt: Die BGP Oxford, "eine obskure Gruppe"<sup>2)</sup>. Seit dem Verkauf seien zwar die Mieten erhöht, aber der Bestand nicht gepflegt worden<sup>3)</sup>. Zum Glück, lobte Ens, gäbe es in WHV mit der "Spar und Bau" und dem Bauverein Rüstringen noch zwei starke Genossenschaften mit sozialer Verantwortung. Er prognostizierte jedoch einen weiteren Anstieg der Leerstände.

Dr. Walter Prigge von der Stiftung Bauhaus Dessau ist Stadtsoziologe. Er berichtete, dass Dessau "auf hohem Niveau" schrumpft, aber zumindest eine funktionierende Innenstadt hat. Aus der Abwärtsspirale komme eine Stadt irgendwann sowieso nicht mehr raus. Für den Schrumpfungprozess empfiehlt er ein Umdenken in Richtung kleine Einheiten, Qualität und Partizipation ("Das Volk ist schlauer als Politiker denken"). "Das Ideal der 24-Stunden-Stadt ist zu Ende", man müsse die Stadt "temporär denken" und auch Zwischennutzungen einbeziehen. "Lassen sie das Hertie-Gebäude doch 20 Jahre liegen - die nächste Generation wird es nutzen." (Das Plattform Festival im ehemaligen C&A-Bau bestätigt das - red). Man müsse auch den Mut haben, Stadtviertel ganz aufzugeben und die Stadt auf den Kern zusammenzuschrumpfen. Gerade der Zuzug von Rentnern, die kurze Wege brauchen, spräche dafür. Problem: "Aber Sie haben ja keine schöne Innenstadt, auf die Sie schrumpfen könnten". Das meinte er nicht böse, sondern einfach ehrlich. Er hatte sich vorab ein bisschen umgesehen. So empfahl er auch, die Stadt grüner zu machen, auf Abrissflächen solle man "Landschaft reinlassen". Mittlerweile gäbe es "Umwertungsprozesse", das Auge wandle sich. Hängende

Gärten an Brandmauern oder Modefotos vor Ruinen seien voll im Trend.

Zustimmendes Nicken - einzelne Zuhörer blieben aber doch bei eher spießigen Vorstellungen von Ästhetik: Die Stadt sei dreckig, alles voller "Unkraut", und der Stadtpark würde "verlottern".

Als Beispiel für Bausünden nannte Prigge die Volksbank an der Virchow-/Ecke Peterstraße: "Völlig daneben - eine autoritäre Geste!" Zukünftig solle man auf regionaltypische Architektur setzen, da müssten auch Architekten Einfluss nehmen. Eine hiesige Architektin wies auf die Südzentrale hin - das dürfe nicht noch mal passieren, so ein Baudenkmal dem Verfall preiszugeben.

#### Abenteuerland statt Spießerbeete

WZ-Redakteurin Carolin von Nordeck näherte sich dem Thema emotional. Zum Einstieg in ihr Statement zitierte sie den Science-Fiction-Autor Jules Verne, der Wilhelmshaven bei seinem Besuch am 18.6.1888 als "rationelle Retortenstadt" wahrnahm<sup>4)</sup>. Die Journalistin beobachtet mit Sorge die Zersiedelung und Landflucht. "So lange Heimat da ist, spürt man sie kaum - erst wenn etwas zerstört ist, bemerkt man das Fehlen." Wohl wahr. Sie plädierte für mehr Bürgerbeteiligung. Wichtig sind ihr "verwunschene Ecken in der Stadt", die es zu entdecken gilt - dafür fand sie den schönen Begriff "Abenteuerland". Ein Zuschauer forderte, nicht weiter alle verbliebenen Freiflächen zu bebauen - auf der Wiesbadenbrücke könne auch ein Bürgerpark entstehen. Ein weiterer forderte einen Masterplan für eine zielgerichtete Stadtentwicklung.

#### Touristensicht vs. Bürgerbedürfnisse

WTF-Geschäftsführer Raymond Kiesbye steckte sichtlich in der Bredouille, als Marketing-Chef offen für Neues zu sein, aber im Namen der Stadt doch ein bisschen abwiegeln zu müssen. Für die Umsetzung vieler Projekte fehle es nun mal am Geld. Er vermeldete, seit Januar würde die Einwohnerzahl stagnieren (also nicht weiter sinken); und es gäbe in Wilhelmshaven "40 attraktive Sehenswürdigkeiten zu entdecken". Das interessiert allerdings eher Touristen und verhindert nicht die Abwanderung. Auch Prigge wies darauf hin, dass man zwischen

*In einer weiteren Veranstaltung der Reihe ging es auch um zukünftige Strategien für das Wohnungsangebot. Soll die Stadt sich weiter mit Eigenheimchen und Fachmärkten auf der grünen Wiese zerfasern oder lieber das Zentrum so umgestalten, dass die Leute in der Kernstadt bleiben bzw. dorthin zurückkehren? Hiesige wie auswärtige Fachleute waren sich einig, dass Variante zwei der demografischen Entwicklung gerechter wird und auch ökonomisch und ökologisch Sinn macht. Nun liegt es an der Politik, mit jeder Einzelentscheidung ausnahmslos die richtige Richtung einzuschlagen.*

der Alltags-Sicht und der von Touristen unterscheidet müsse. Den Unterschied verdeutlichte Moderator Gerhard Snitjer: Das maritim-städtische Erlebnis sei eine touristische Stärke Wilhelmshavens, die sonst hier an der Küste nur noch Bremerhaven bietet. "Die Urlauber nehmen selektiv wahr" - die Leerstände in der Gökerstraße interessieren sie nicht. Man müsse "aus dem Meer mehr machen" und die Stadt müsse grüner werden. Kiesbye widersprach: Die Stadt sei grün genug und "gut aufgestellt". Und außerdem sauber. Aber der Bontekai müsse dringend zu einer Hafensperrpromenade ausgebaut werden. Kiesbye sprach als Touristiker - um Einwohner zu gewinnen oder zu halten, gilt es andere Bedürfnisse und Prioritäten zu berücksichtigen. □

<sup>1)</sup> s. dazu u. a. unsere Berichte in den Ausgaben 150/Jan. 1999; 161/Sept. 2000; 210/August 2005; 223/Dez. 2006; 232/Dez. 2007

<sup>2)</sup> s. a. Immobilien-Zeitung 10-2011 <http://www.immobilien-zeitung.de/105480/kraeftig-gedreht>

<sup>3)</sup> Aus dem Forschungsbericht "Mehrfachverkäufe von Mietwohnungsbeständen" des BMVBS (2010), Fallstudie WoBau Jade, S. 41 ff. Die Grundstrategie von Cerberus wird dahingehend weiter verfolgt, dass Bestandsinvestitionen weiterhin nur auf niedrigem Niveau erfolgen, die Mieten schrittweise erhöht und Wohnungen mit begrenzter Auswahl der Mieterschaft vermietet werden. Nachdem vor 2005 begonnene stadtentwicklungspolitische Projekte unter Cerberus noch zu Ende geführt wurden, findet unter der Eigentümerschaft von BGP/Oxford keine Zusammenarbeit mehr statt.

<sup>4)</sup> s. a. [http://www.mare.de/index.php?article\\_id=2463&setCookie=1](http://www.mare.de/index.php?article_id=2463&setCookie=1)

## Kreative Lücke

*Manch eine/r aus dem Publikum vermisste an diesem Abend Vertreter der Rats- und Verwaltungsspitze, vor allem das Fehlen von Stadtbaurat Klaus Kottek wurde kritisiert. Mir haben sie nicht gefehlt: Dieser Abend war so erfrischend anders als die üblichen, von den hier Abwesenden organisierten bzw. dominierten Gespräche, in denen sie stets aus ihrem Tunnelblick das unwissende Publikum belehren, alles besser wissen und rechtfertigen, warum sie immer so weitermachen wie bisher, weil alles andere Spinnerkram ist. Die "Stadtgespräche" setzen bewusst auf den Blick und die Ideen von außen und von unten. Im Vorfeld der Kommunalwahl wurden damit wertvolle Ansätze für einen realistischen, angstfreien und kreativen Umgang mit dem demografischen Wandel vermittelt.*

*"Welche Prognosen gibt es für die Bewohner in Stadt und Umland, welche Chancen für das Arbeiten, Handeln, Wohnen, Leben, Lernen und Erholen als Gradmesser für Lebensqualität in Wilhelmshaven?" Schon diese Fragestellung der "Stadtgespräche" zeigt, wo es hapert: Im Rat gewinnt man oft den Eindruck, "Arbeiten" (vor allem in einem Hafen- / Industriebetrieb) sei der wesentliche Gradmesser für Lebensqualität. Und dann wundern sie sich, dass die Leute wegliefen - sogar welche, die hier noch Arbeit haben, aber lieber in Oldenburg wohnen, das vor Einwohner-Zulauf aus allen Nähten platzt. Noch hat unsere derzeitige Ratsmehrheit die Wahl, ob sie sich abwendet, wenn eine/r mit neomodischen Ideen kommt, oder einfach mal zuhört. Im September haben die BürgerInnen die Wahl, das Abwenden abzuwenden.*

**Imke Zwoch**

# Alles neu macht der Mai

## Die ALI informiert über Neuregelungen für Erwerbslose

(noa) Nach ausgiebiger Information über das Bildungs- und Teilhabepaket im März und April widmete sich die Arbeitsloseninitiative Wilhelmshaven/Friesland (ALI) in ihrer Monatsversammlung am 10. Mai den anderen gleichzeitig verabschiedeten Neuregelungen des SGB II.

Verabschiedet zum 01.04., in Kraft tretend aber zu unterschiedlichen Daten, bergen diese Neuregelungen wie fast alle vorher reichlich Sprengstoff und werden dazu beitragen, dass die Gerichte weiterhin viel zu tun haben. Nicht nur die Sozialgerichte - auch das Bundesverfassungsgericht wird sich wieder damit befassen müssen.

Rückwirkend zum 01. Januar ist die Neufestsetzung des Regelsatzes in Kraft getreten. Der heißt jetzt übrigens Regelbedarf (das Wort ist eine Lüge in sich) und ist, wie wohl alle mitbekommen haben, für eine allein lebende Person um 5 Euro auf 364 Euro gestiegen. Zur großen Freude vieler gab es im Mai eine Nachzahlung. Und die war höher als die erwarteten 25 Euro (5 mal 5 Euro), denn auch die Warmwasserpauschale (für einen Erwachsenen 6,47 Euro/Monat) ist mit der Neuregelung zum 01.01. entfallen.

Für Kinder sind geringere Regelbedarfe ermittelt worden, und so werden sie auch nicht in den Genuss der jährlichen Anpassung an die Nettolöhne (sollten diese steigen) kommen, denn jede Erhöhung wird mit

dem verrechnet werden, was sie jetzt angeblich zuviel haben.

Die neuen Sätze (pardon: Bedarfe) sind jetzt wie folgt:

Eine erwachsene Person, wenn sie allein lebt, 364 Euro; als Teil einer Bedarfsgemeinschaft nur 328 Euro, 18- bis 25-Jährige 291 Euro, 14- bis 18-Jährige 287 Euro, 6- bis 14-Jährige 251 Euro, unter 6-Jährige 215 Euro.

Eine neue Berechnung, nachvollziehbar und transparent, wie das Bundesverfassungsgericht in seinem Urteil vom 09. Februar 2010 gefordert hatte, ist nicht erfolgt, und es ging in den Verhandlungen zum Schluss auch nicht um die Frage, was ein Mensch tatsächlich zum Leben braucht.

Und so empfehlen die Erwerbsloseninitiativen, gegen die Bescheide juristisch zu kämpfen, damit das Bundesverfassungsgericht für seine Befassung mit der fehlerhaften Umsetzung seines Urteils Futter bekommt. Ein solches juristisches Vorgehen beginnt mit einem Widerspruch, und wie der aussehen könnte, stellen wir hier dar (sh. Kasten)

Zum 01. Juli wird eine geringfügige Änderung der Freibetragsregelung für Erwerbsfähige in Kraft treten. 100 Euro darf man ja ohne Abzug hinzuverdienen. Und die 20 % Selbstbehalt bei einem Zuverdienst von 100 bis 800 Euro sind ausgeweitet worden auf 100 bis 1000 Euro, was vom gelben Koalitionspartner in der Berichterstattung darüber als Anreiz zum Arbeiten bezeichnet wurde. Es betrifft tatsächlich nur sehr wenige Hartz IV-Berechtigte, denn wenn die überhaupt einen Zuverdienst erzielen, dann haben sie im Allgemeinen nur Minijobs (400 Euro) oder Midijobs (800 Euro). Aber hier hat der Gesetzgeber einen Grund für Verfassungsklagen eingebaut: Diese Regelung tritt, wie gesagt, zum 01.07. in Kraft. Jedoch nur für die, deren Bewilligungszeitraum mit dem 01.07. beginnt; für die anderen beginnt die Gültigkeit dieser Gesetzesänderung mit dem Beginn der Gültigkeit des nächsten Bescheides. D.h.: Erwerbslose bzw. Aufstocker, deren Bewilligungszeiträume jeweils am 01.12. und 01.06. beginnen, bekommen diese paar Euro fünf Monate lang nicht. Und da stellt sich die Frage, ob ein Gesetz, das den Gleichheitsgrundsatz unserer Verfassung missachtet, überhaupt sein darf. Irgendjemand von den wenigen Betroffenen wird hoffentlich dagegen klagen, so dass diese Frage früher oder später beantwortet wird.

Mit Sicherheit nicht verfassungsgemäß, weil den Gleichheitsgrundsatz verletzend, ist die Strei-

# TRIANGEL

second-hand-shop

An- und Verkauf von  
Schallplatten und CD's  
HiFi-Komponenten  
Literatur + Comics u.v.m.  
Bahnhofstr. 7 \* 26382 Wilhelmshaven  
☎ 04421 / 4 21 84

chung der Möglichkeit der Überprüfung aller Bescheide für die vergangenen vier Jahre. "Das ist eine Riesensauerei!", schimpfen die Berater der ALI. Warum?

Es geht um 44 SGB X über die "Rücknahme eines rechtswidrigen nicht begünstigenden Verwaltungsaktes", der in Absatz 1 bestimmt: "Soweit sich im Einzelfall ergibt, dass bei Erlass eines Verwaltungsaktes das Recht unrichtig angewandt oder von einem Sachverhalt ausgegangen worden ist, der sich als unrichtig erweist, und soweit deshalb Sozialleistungen zu Unrecht nicht erbracht oder Beiträge zu Unrecht erhoben worden sind, ist der Verwaltungsakt, auch nachdem er unanfechtbar geworden ist, mit Wirkung für die Vergangenheit zurückzunehmen." Dieser Paragraph ist im SGB X unverändert geblieben. Aber SGB II (=Hartz IV) und SGB XII (Sozialhilfe) wurden dahingehend geändert, dass die vier Jahre Rückwirkung auf ein Jahr reduziert wurden. Im SGB II § 40 liest sich das so: "(1) Für das Verfahren nach diesem Buch gilt das Zehnte Buch. Abweichend von Satz 1 gilt § 44 Absatz 4 Satz 1 des Zehnten Buches mit der Maßgabe, dass anstelle des Zeitraums von vier Jahren ein Zeitraum von einem Jahr tritt." Für Arme wurde also ein Recht stark eingeschränkt, das andere Menschen noch haben. Und das passt ganz bestimmt nicht zusammen mit dem Grundsatz, dass vor dem Gesetz alle Menschen gleich sind. □

Name, Vorname, BG-Nummer  
Straße, Hausnummer  
Postleitzahl, Ort Datum

An das Job-Center Wilhelmshaven  
Herderstraße  
26382 Wilhelmshaven

### Widerspruch gegen den Bescheid vom.....

Sehr geehrte Damen, sehr geehrte Herren,

ich beantrage, den Regelbedarf neu festzusetzen und bei der Neuberechnung die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichtsurteils vom 9. Februar 2010 zu beachten.

#### Begründung:

Der Widerspruch richtet sich gegen die Höhe der im Bescheid genannten Regelleistung. Denn diese reicht nicht für die Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums, das die Pflege zwischenmenschlicher Beziehungen und ein Mindestmaß an gesellschaftlicher, kultureller und politischer Teilhabe ermöglichen würde. Damit genügt die Regelleistung nicht den Anforderungen, die das Bundesverfassungsgericht in seinem Urteil vom 9. Februar 2010 an die Ermittlung eines verfassungsgemäßen Anspruchsumfanges gestellt hat.

Das Bundesverfassungsgericht forderte, dass der Regelbedarf in einem transparenten und sachgerechten Verfahren realitätsgerecht zu bemessen ist.

Insbesondere folgende Punkte widersprechen den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts:

Die gewählte Statistik- und Verbrauchsmethode wurde mit anderen Methoden der Bedarfsermittlung vermischt, mit der Folge, dass es zu erheblichen Bedarfsunterdeckungen kommt.

Bei den für die Ermittlung relevanten Einpersonenhaushalten wurde die Stichprobe der Referenzgruppen durch Zirkelschlüsse verfälscht. So wurden beispielsweise die verdeckt Armen nicht aus der Stichprobe herausgenommen.

Die Senkung der Erfassung des Verbrauchsverhaltens der in der Einkommensskala unteren 20 Prozent auf das der unteren 15 Prozent wurde nicht sachgerecht begründet.

Diese Fehler machen die neu festgesetzten Regelbedarfe ungültig.

(für Bedarfsgemeinschaften, in denen Kinder leben, kann zusätzlich in der Begründung angeführt werden: In Bezug auf Kinder und Jugendliche ist nach allgemeiner Einschätzung von Sachverständigen die Datengrundlage nicht geeignet zur Ermittlung der spezifischen Bedarfe von Kindern und Jugendlichen, weil die Referenzgruppe zu klein ist, um seriöse Aussagen zu machen.

Eine Expertise des Forschungsinstituts für Kinderernährung in Dortmund weist nach, dass unter realistischen Annahmen eine ausreichende, geschweige denn gesunde Ernährung für Kinder und Jugendliche mit den hierfür vorgesehenen Mitteln nicht möglich ist.)



**Reparaturen**  
**aller Fabrikate**  
spez. Volvo und Renault

Reifendienst  
Achsvermessung  
TÜV/AU  
Abschleppdienst  
Klima-Service

Schwarzhamm 2 Hooksiel  
Tel. 04425 990870 Fax 990872  
www.tenge-strohbach.de



# Wahlkampf bei der ALI

**5 Oberbürgermeisterkandidaten rissen niemanden vom Hocker**  
(noa) Zur Monatsversammlung am 14. Juni hatte die Arbeitsloseninitiative fünf Kandidaten für das Amt des Wilhelmshavener Oberbürgermeisters eingeladen. Die restlichen fünf, sechs oder sieben sollen sich in der Versammlung am 12. Juli vorstellen.

Besonders groß war das Interesse bei den Mitgliedern der Arbeitsloseninitiative Wilhelmshaven/Friesland offenbar nicht. Es waren nur knapp 20 ZuhörerInnen gekommen, als Fred Iken (Die Friesen), Michael von den Berg (Bündnis 90/Die Grünen), Thomas Städtler (SPD), Andreas Wagner (CDU) und Heinz Peter Tjaden (Einzelbewerber) ihren Antrittsbesuch bei der ALI machten.

Offenbar Bezug nehmend auf einen WZ-Artikel vom 4. Juni zu den Kosten der Unterkunft, in dem die nach jahrelangem Rechtsstreit nun ausgehandelten neuen Mietobergrenzen für die Stadt Wilhelmshaven (von 300 Euro für eine Einzelperson bis 523 Euro für einen Fünf-Personen-Haushalt) veröffentlicht worden waren, winkte Werner Ahrens eingangs – vergeblich – mit dem Zaunpfahl: Der Vergleich, in dem diese Miethöhen vereinbart worden sind, ist vom Landessozialgericht noch nicht abgesegnet. Und außerdem gelten diese Zahlen nur noch bis zum 31. Dezember dieses Jahres; für den Zeitraum 2012 bis 2014 muss neu ermittelt und gerechnet werden.

Auch die Selbstdarstellung der Arbeitsloseninitiative (600 Mitglieder, also 600 WählerInnen; 2000 Beratungen im Jahr) wurde von den Oberbürgermeisteraspiranten überhört. Sie trugen, sich erstaunlich diszipliniert an die Zeitvorgabe von 10 Minuten pro Bewerber haltend, ihre vorbereiteten Beiträge vor.

Fred Iken legte Wert auf die Feststellung, dass "Die Friesen" keine Wählerinitiative, sondern eine Partei sind. Sie treten nicht nur in Wilhelmshaven, sondern auch in den benachbarten Kreisen zur Kommunalwahl im September an und verfolgen das Ziel, die Konkurrenz zwischen den Nachbarn zu beseitigen: Wilhelmshaven, Friesland und Ostfriesland sollten sich als eine Region mit gemeinsamen Interessen begreifen (und auch den Regionalrat wieder ins Leben rufen),

dann könnte Wilhelmshaven auch wieder eine Großstadt werden. Eine veränderte Infrastruktur wird nach Iken Arbeitsplätze bringen. Für die einzelnen Maßnahmen verwies Iken auf eine eigene Veranstaltung seiner Partei, statt sie wenigstens kurz anzureißen.

Michael von den Berg erinnerte sich zunächst an seine Kindheit und Jugend als Kind armer Eltern, das aber trotzdem alles Nötige gehabt hat, und fragte, warum es damals möglich war, den Armen Gutes zu tun, heute aber nicht, erinnerte auch daran, dass er in den letzten Monaten öfter mal bei ALI-Versammlungen gewesen war, und nannte die Förderung des Tourismus wie auch die Entwicklung der Erneuerbaren Energien zusammen mit der Jade-Hochschule als sein Konjunkturprogramm für Wilhelmshaven. Er appellierte an die Versammelten, die Möglichkeiten des Bildungspaketes zu nutzen und (hatte er den Wink mit dem Zaunpfahl als einziger der fünf doch wahrgenommen?) schlug vor, die vielen leer stehenden Wohnungen in Wilhelmshaven zu nutzen, um das Problem der Unterkunftskosten anzugehen.

Thomas Städtler, derzeit (seit 2001, wiedergewählt 2006) erster SPD-Bürgermeister in Lönigen (könnte es bis 2014 bleiben) bewies, dass er sich über die Stadt, in der er Oberbürgermeister werden möchte, informiert hat. Er kennt die Arbeitslosenquote von 12,84 % und will die Rahmenbedingungen für die Schaffung von Arbeitsplätzen herstellen, dabei aber runter von der Gigantomanie und stattdessen wie sein Vorredner die Erneuerbaren Energien und die Grüne Industrie fördern. Zwecks Chancengleichheit sollen die Schulen und Kitas den Ganztagesbetrieb anbieten. Die bisher betriebene Stadtentwicklungsplanung kritisierte er als eine Briefmarkenplanung und mahnte ein ganzheitliches Konzept an, wobei er – ganz basisdemokratisch – Arbeitsgruppen mit Bürgern einrichten will, und stellte fest, dass man 54 städtische Gesellschaften nicht braucht.

Andreas Wagner erzählte vorweg, dass er bei der Firma Peine, die ja auch in Wilhelmshaven mal ein großer Arbeitgeber war ("Serios" und "Bawi") im Jahre 2004 130 Arbeitsplätze gerettet hat und dass er jetzt als Freiberufler die Altersnachfolge von Unternehmen begleitet. Er nannte in seinen zehn Minuten auffällig häufig das Wort "Wirtschaftsförderung", will aber wie sein Vorredner nicht unbedingt die Großunternehmen, sondern kleine und mittelständische Unternehmen fördern, hält aber im Gegensatz zu jenem, der es als "schwierig" bezeichnet hatte, angesichts von Kohlekraftwerksneubauten hier in Sachen Klimaschutz einen Blumentopf zu gewinnen, die Kohlekraft als "Brückentechnologie" für nötig.

Heinz-Peter Tjaden, großer Bruder von Acki Tjaden (BASU), grenzte sich zunächst einmal wortreich von der BASU ab. Auch er prognostiziert, dass die Energiewende Jobs bringen wird. Er ist vor sieben Jahren nach Wilhelmshaven zurückgekommen und

**SPOONER**  
Anziehsachen  
Marktstr. 19  
gegenüber Hertie  
26382 WHV  
www.myspace.com/spooneranziehsachen  
**NEU Cyroline T-Shirts 14,99 €**



hat festgestellt, dass es hier zwei Sorten Menschen gibt, nämlich Miesmacher und Lobpreiser, meint aber, dass der künftige Oberbürgermeister aus der Stadt eine Solidargemeinschaft machen muss. Netzwerke müssen gebildet werden, und: "Wer rummeckert, den schicken wir nach Oldenburg!"

Eine große lebhaftige Diskussion gab es, anders als so oft bei der ALI, nach den Beiträgen der Kandidaten nicht. Nur Fred Iken bekam nach einem Redebeitrag aus dem Publikum, demzufolge ein gesundes Wilhelmshaven mit 70.000 Einwohnern besser wäre als eine kränkelnde Großstadt, ein wenig Wind von vorn und wurde daran erinnert, dass der letzte, der aus Wilhelmshaven eine Großstadt machen wollte, von 1933 bis 1945 herrschte. Und als er dann, nachdem die ALI-Berater noch einmal ihren Zaunpfahl rausholten und danach fragten, welcher der OB-Kandidaten wohl hilfreich in Sachen KdU sein will (keiner – das gibt das Amt als OB nicht her) in den Raum stellte, dass der Rat der Stadt in dieser Frage wohl seine Arbeit nicht ordentlich gemacht habe, gab es richtig unmutiges Gemurmel. So richtig brilliert hat aber keiner der fünf. Im Juli wird sich zeigen, ob einer der übrigen OB-Kandidaten mehr Begeisterung wecken kann. □

## Günstige Finanzierungen

Sie wollen: kaufen, bauen, umfinanzieren oder sich den derzeitigen Zins sichern?

## Konditionen auf Anfrage

Finanzdienstleistungen  
Generalagentur  
Holger Janßen, Gökerstr. 216  
26386 Wilhelmshaven  
Tel.: 04421 / 77 45 43  
Fax: 04421 / 96 66 90

**Minicar Dirks**  
☎ 772211



**Wir haben unseren Fuhrpark um einige Großraumfahrzeuge erweitert**

# Ungetrübte Badefreuden?

## Eine Nachlese von Gisela Gerdes

Bedrohen die Fäkalieinleitung und zunehmende Industrialisierung am Jadebusen den Tourismus in Wilhelmshaven? Dieses Thema diskutierten Frau Monika Giesche-Emmerich (Bürgerinitiative Die Kaiserlichen KanalarbeiterInnen), Frau Susanne Bauermeister (FDP), die Herren Werner Biehl (Bündnis 90/Die Grünen), Raimond Kiesbye (Touristik und Freizeit GmbH), Dr. Jens Graul (Stadtrat und Umweltdezernent) sowie als Moderator Otmar Willi Weber während der Sendung ‚Nordwestradio unterwegs‘ am 05.05.2011 im Wattenmeerhaus.

Ähnlich wie Trauben, die bei der ersten Lese übrig blieben, sollen hier einige Worte der Veranstaltung, die hängen blieben, nachgelesen werden.

‚Wahrnehmungsproblem‘: Davon sprach der Umweltdezernent, ohne auszuführen, wer ein solches haben könnte und womit. In Assoziation mit dem Fäkalienproblem am Südstrand liegt es nahe, an visuell nicht wahrnehmbare fäkale Bakterien, Viren und Einzeller in den Ausscheidungen zu denken, die immer noch, trotz Reduzierung, bei Regen an den Badestrand entlassen werden, ohne den Weg über die Kläranlage zu nehmen. Früher war das mit der Wahrnehmung etwas anders. So warnten wir als Kinder, wenn wir zur Sandbank schwammen, vor im Ebbstrom treibenden geformten "Wachtmeister". Heute ist die Wahrnehmung solcher fäkaler Produkte im Badegewässer schon allein deshalb problematischer, weil sie durch das inzwischen eingebaute Feinsieb gequirt werden. Das Feinsieb wird als eine der Maßnahmen der 50%-Reduktion der Einleitungen gelobt. Es hat zwar keine Bedeutung für die Zurückhaltung der mikroskopisch kleinen Fäkalkeime, hält aber immerhin grobe Teile zurück und hat somit ästhetischen Wert.

Der Umweltdezernent knüpfte wahrscheinlich an seine ehemalige Aussage an (sinngemäß): wer's nicht weiß, kann's auch nicht wahrnehmen. Wer hat schon ein Mikroskop, um ausgeschiedene Darmbewohner wahrzunehmen. Es sei denn, sie verursachen bei Badenden gesundheitliche Probleme, deren Wahrnehmung im Bereich der Haut, Atemwege, Augen oder des Magen-Darm-Traktes dann allerdings recht unangenehm sein kann.

Verantwortung, Ehrlichkeit, zwei weitere Worte, die in der Diskussion fielen: Es zeugt nicht von Verantwortung, Gefahren durch Abwasser am Badestrand herunterzuspielen. Es ist nicht ehrlich, gute Wasserqualität vorzugaukeln, wenn dafür Daten ohne zeitlichen Bezug zu einer Einleitung verwendet werden. Es ist nicht ehrlich, die "gute Badequalität"

des Südstrandes in Presse und sonstigen Verlautbarungen zu loben, wenn es keine adäquaten Untersuchungen über den Zustand des Badestrandes während und kurz nach einer Einleitung gibt. Es ist nicht ehrlich und entspricht auch nicht den Vorschriften, den Strand nach einer Einleitung wieder zum Schwimmen freizugeben, ohne zuvor durch Beprobung Gewissheit zu erlangen, dass die Konzentration der gefährlichen Keime wieder unter den vorgeschriebenen Grenzwerten ist. Die Diskussion um die Einleitungen reizt seit 1976 (Bau der Kläranlage) zu falschem Zungenschlag in Presse und Behörden (nur

Regenwasser!).

Reduzierung, ein anderes Wort, wurde unisono von den Vertretern der Stadt und der stellvertretenden Kreis- und Fraktionsvorsitzenden der FDP genutzt. Man feierte die 85-%ige Reduzierung der Einleitungen (50% bereits in erster Ausbaustufe letztes Jahr, eine geplante zweite Druckrohrleitung zur Kläranlage werde zukünftig weitere Reduzierungen bringen). Leider blieb unklar, was verringert wird: Einige Bürger glauben denn auch, dass es der Anteil des Schmutzwassers am Mischwasser sei.

Hierzu gibt es ein Zitat aus dem Beitrag "Lügen mit Statistik" (scientific.at/2002/roe\_0224.htm): "Die häufigste statistische Lüge ist das absichtliche Vermischen von Anzahl und Anteil". In unserem Beispiel reichen schon die verkürzte Sprache und der Zauber der Zahlen (50-85%) aus, um die Frage nach der Bezugsgröße der Berechnungen zu vergessen. Diese ist, wie eine Präsentation der WEB/TBW ausführt, die Anzahl der Abschlüge pro Vorjahr. Kommt es zur Einleitung, werden somit Badende immer noch von 100% belastetem Mischwasser tangiert, sofern sie ins Wasser gehen, weil sie das Warnsystem nicht (er)kennen, das WTF aber, wie Herr Kiesbye betonte, "im Griff habe".

Der Jubel über die 50 bzw. 85%-Reduktion lässt zudem vergessen, dass der unberechenbare Wettergott ein Wörtchen mitzureden hat. Fiel im Jahr 2009 eine Regenmenge von 905 mm, so im Jahr 2010 nur von 772 mm. Das relativiert die Aussage, dass die 50%-Reduktion im Jahr 2010 allein ein Resultat der Kanalbewirtschaftung und des Feinsiebes sei. Ein weiterer Aspekt spiegelt die Situation der Badenden realer wider als die glättenden Jahreszahlen: die Verteilung der Einleitungen im Jahr. So lag im Jahr 2010 fast die Hälfte der Einleitungen in der Badesaison.

Mischungsverhältnisse: Der Umweltdezernent führte aus, dass das Abwasser stark verdünnt, das Mischwasser somit nur schwach belastet sei. Vorschrift sei ein Mischungsverhältnis von maximal 1:7. Zumeist sei es am Banter Siel ohnehin größer (hierzu muss allerdings gesagt werden, dass es überhaupt keine realen Messungen der Mischungsverhältnisse am Banter Siel gibt; wie uns von der WEB gesagt wurde: es handelt sich um rein technische Werte).

Reale Mischungsverhältnisse wurden an anderen Orten (nicht WHV) empirisch ermittelt. Dabei zeigte sich, dass sich gefährliche Situationen für Badende durch rasch wechselnde Mischungsverhältnisse zwischen Regen- und Abwasser ergeben, bedingt durch Wechsel der Intensität, Dauer und Häufigkeit des Regens sowie plötzliche Regen nach längerer Trockenperiode (wie wir

sie z.B. im April/Mai d.J. hatten). Resultate sind erhebliche Schwankungen der Konzentrationen fäkaler Keime in Mischwässern. Bei uns werden solche Schwankungen den Schwimmern, die von der braunen Soße umflossen werden, nicht mitgeteilt (wer's nicht weiß, kann's auch nicht wahrnehmen), Vorschriften oder Worthülsen wie "Es geht alles nach Recht und Ordnung" können aber das Nachdenken nicht ersetzen. Sich auf statistische Angaben zum Mischungsverhältnis zu verlassen, hilft ebenso wenig wie der Blick ins Wasser auf der Suche nach Bakterien.

Worum geht es den Behörden und Politikern eigentlich? Um den realen Schutz der Badenden vor Fäkalkeimen aus der städtischen Kanalisation, oder um die Absicherung durch allgemeine Vorschriften bzw. statistisch geglättete Kurven? Mir scheint, dass, ähnlich wie Ringelnetz es in seinem Gedicht über Logik meisterhaft erreichte (siehe Kasten), verschiedene Ebenen von Logik so vermischt werden, dass der Bürger nicht mehr zwischen Soll und Ist, ideeller und realer Wirklichkeit unterscheiden kann und schließlich bereit ist, alles zu glauben, was an Pseudo-Argumenten vorgebracht wird.

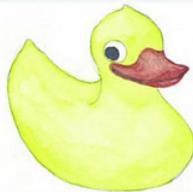
### Logik

Von Joachim Ringelnetz

*Die Nacht war kalt und sternenklar,  
da trieb im Meer bei Norderney  
ein Suahelischnurrbarthaar -  
die nächste Schiffsuhr wies auf drei.  
Mir scheint da mancherlei nicht klar:  
man fragt doch, wenn man Logik hat,  
Was sucht ein Suahelihaar  
denn nachts um drei am Kattegatt?*

Kumulative Prozesse: Dieser Begriff fiel im Zusammenhang mit der Frage nach der Belastung der Jade. Fakt ist: Die Jade ist einer Vielzahl unterschiedlicher Belastungen ausgesetzt (siehe Ausbau und Betrieb des JadeWeserPort, Schiffsemissionen, Verschwenkungen der Fahrwasser, Ausbaggern der Rinnen und Zufahrten, Sandabbau, Verklappungen ungeeigneten Bodenmaterials, Resuspension ab- und eingelagerter Altlasten, Abwasserfrachten, Nährstoff- und Schadstoffzufuhren, Hormone aus tierischen und menschlichen Abscheidungen, Niederschläge aus Schornsteinen, schadstoffbelastete Abwässer aus Kraftwerken, Industrie und kommunalen Anrainern, Aufheizungen des Gewässers durch die Kraftwerke, Soleinleitungen aus den Kavernierungen). Leider bewerten Umweltverträglichkeitsprüfungen nicht die wechselseitigen Einflüsse und Rückkoppelungen (synergistischen Effekte) der Einzelmaßnahmen. Partikularistische Bewertungen gaukeln ökologische Unbedenklichkeit vor, der gesamtökologische Zustand bleibt außen vor. Der niedersächsische Umweltminister (FDP) konterkariert die Ursachen des schlechten ökologischen Zustandes der Jade durch Schuldzuweisung an die Landwirtschaft und ‚vergisst‘ den großindustriellen Ausbau.

Ökodilettantismus aus dem Munde von Entscheidungsträgern ist gefährlich für die natürliche Umwelt. Mit Bezug auf die o.g. Diskussion nur so viel dazu: Selbst wenn ein Monitoring ausweist, dass sich Einzelparameter des Wasserkörpers nicht signifikant ändern, ist das noch nicht aussagekräftig für den ökologischen Zustand der Jade als



**DIE KAISERLICHEN  
KANALARBEITERINNEN**

Küsten- und Übergangsgewässer, das seit längerem ökologisch nur noch mäßig bis unbefriedigend bewertet wird.

Bürgerrechte: ein Wort, das in den Leitparolen der FDP auftaucht und in der o.g. Diskussion genutzt wurde, um Bürger zu verteidigen, weil sie zur Finanzierung der Optimierung des Abwassersystems der Stadt mit Abgabenerhöhungen zu rechnen hätten. Der mahnende Zeigefinger richtete sich auf die Bürgerinitiative der Kaiserlichen KanalarbeiterInnen, die seit fünf Jahren Beschwerde gegen das Fäkalienproblem am Südstrand führt. Derartig dreiste Forderungen seien unnötig; Frau B.: "Wir sind doch schließlich in Deutschland"! Was sollte dieser Satz ausdrücken? Weil wir in Deutschland sind, sei offene Kritik an den Versäumnissen von Politik und Verwaltung, an Beschönigungen, dem Verschweigen von Tatsachen und den Falschinformationen unnötig? Der Obrigkeit sei zu glauben, dass alles gut sei, da ja das Entwässerungssystem den Regeln der Technik entspräche, das Mischungsverhältnis statistisch der Vorschrift und die Badewasserqualität trotz Einleitungen einwandfrei sei? Schade, wenn das Wort Bürgerrecht derartig klein geredet wird. □



### Super-Rainer

*Wie ein Phönix aus der Asche tauchte Rainer Büscher in Wilhelmshaven auf. Er hatte keine Lust, immer nur rumzuhängen, während rings um ihn herum die Welt in Scherben fällt. Also beteiligte er sich an den Montagsdemonstrationen gegen die Hartz IV-Gesetze. Doch er hatte immer noch zu viel freie Zeit. Die Sache mit der Atomenergie war ihm nicht geheuer und er ärgerte sich, dass es in Wilhelmshaven keine Anti-Atom-Bewegung gab. Also initiierte er den Wilhelmshavener Anti-Atom-Alarm. Jeden zweiten Donnerstag wurde um 18 Uhr auf der Bahnhofstraße Krach geschlagen. Manchmal wurde auch demonstriert. Und es kamen immer mehr Leute. Dann kam die Reaktorkatastrophe von Fukushima und es kamen noch mehr Leute. Umzingelung Esenshamm - und dann die Großdemonstration in Wilhelmshaven. Knapp 1.000 Leute aus der näheren und weiteren Umgebung demonstrierten für den sofortigen Atomausstieg und gegen CCS-Verpressung.*

*Nun gefielen ihm auch die ganzen Politiker nicht mehr. Also - rein in die Piraten-Partei und für den Stadtrat kandidieren. So etwas füllt einen Menschen ja nicht aus - darum bewirbt er sich auch noch für das Amt des hauptamtlichen Oberbürgermeisters.*

*Und das Beste zum Schluss: Auch bei Jonathan geht's weiter. Und wer ist der Nachfolger von Merle? Richtig - Rainer Büscher. Da wird einem schon ein bisschen schwindelig. (hk)*

# Rettung in letzter Minute

## Naturkostladen "Jonathan" hat neue Eigentümer gefunden

(iz) Vor einigen Wochen traf KundInnen des Naturkost-Fachgeschäftes Jonathan die Hiobsbotschaft: Betreiberin Merle Mänz muss – schweren Herzens - aus gesundheitlichen Gründen aufhören. Eine Nachfolge war nicht in Sicht. Wunder dauern bekanntlich etwas länger: Kurz vor Ladenschluss tauchte doch noch ein Retter auf.

Im kommenden Jahr wird "Jonathan" 30 Jahre alt. Nach mehreren Standort- und Besitzerwechseln (s. Gegenwind Nr. 196 vom März 2004) hat Merle Mänz den Laden am jetzigen Standort am Ende der Fußgängerzone (seit 2002) gut etabliert. Reich werden kann man mit einem Laden dieser Größenordnung nicht, aber bei ordentlicher Geschäftsführung davon leben. Naturkostladen-Besitzerin ist aber nicht nur ein Beruf, sondern eine Berufung. Umso schwerer fiel Merle die Einsicht, dass sie mit einem chronischen Rückenschaden nicht mehr den ganzen Tag hinter der Theke stehen oder schwere Kisten schleppen sollte.

Zum 30. Juni hat sie das Ladenlokal gekündigt, nicht ohne weiter intensiv bundesweit nach einem oder einer Nachfolger/in zu suchen. Doch trotz bester Bilanzen konnte sich, vermutlich standortbedingt, kein Interessent wirklich dafür entscheiden. Fachleute aus dem norddeutschen Raum bestätigten: Woanders ist es einfacher, einen solchen Fachmarkt zu betreiben.

Der Ausverkauf begann, die Regale leerten sich, Vorboten einer düsteren Zukunft für alle, die aus gesundheitlichen, ethischen, politischen Gründen auf biologisch, tiergerecht, fair und nachhaltig erzeugte Lebensmittel, Kosmetika und weitere Produkte abonniert sind. Es gibt noch Natura 2 und ein Reformhaus, aber das spezielle Sortiment von Jonathan, die persönliche Bekanntschaft, tolle Beratung und gute Erreichbarkeit für BewohnerInnen von City und Südstadt sind unersetzlich.

So ein Naturkostladen hat ja über den reinen Verkauf hinaus vielfältige Funktionen. Für diesen Bericht war ein Interview von der Länge einer Tasse Kaffee angesetzt, dann wurden zwei Stunden daraus, weil Merle ständig in Aktion war. Spezielle Beratung für chronische Erkrankungen, Seelsorge nach einem Todesfall, sogar Wohnungsvermittlung stand auf dem Programm - "Sie wissen

doch bestimmt, wo hier in der Südstadt was frei ist?" – klar konnte Merle weiterhelfen. Wie einst die "Tante-Emma-Läden", ist Jonathan auch ein Kommunikationszentrum. Dort liegt der GEGENWIND aus und auch andere Infos aus dem links-alternativen Spektrum finden ihren Platz. Bei Kooperationsveranstaltungen z. B. mit der örtlichen Greenpeace-Gruppe wurde der Laden zum Diskussionsforum und Wohnzimmer für die hiesige Öko-"Familie". Ob BSE, Schweinegrippe oder EHEC – wo sonst bekommt so fundierte fachliche Beratung, die sich schnell zu einem angeregten Gespräch mit weiteren anwesenden KundInnen entwickelt?

So war Jonathan ein ruhender Pol, eine verlässliche Größe in einer hektischen, zerbröselnden Gesellschaft. Kein Wunder, dass mit dem heranrückenden Endtermin immer wieder mal eine Träne floss - auf beiden Seiten der Ladentheke.

Doch eines Tages kurz vor Schluss konnte Merle endlich ihre Nachfolger präsentieren. Vorstellen musste sie die zwei jungen Männer nicht, die sich bereits planend im Laden umschaute: Rainer Büscher, der seit Anfang des Jahres die Anti-Atombewegung in Wilhelmshaven wieder in Schwung gebracht hat, und sein Kollege Joshua Brück von der "Piratenpartei", für die Rainer sich als OB-Kandidat aufstellen lassen hat. "Wir konnten es einfach nicht mit ansehen, dass Jonathan schließen soll, weil sich kein Nachfolger findet", so ihre einfachen wie pragmatischen Beweggründe. Zum dritten Mal in einem halben Jahr ist Rainer als "Retter" eingesprungen. Nun ist es auch mal genug – bei der nächsten Rettung sind andere an der Reihe; die beiden haben sich viel vorgenommen, und man darf die Zeit und Arbeit nicht unterschätzen, so einen Laden in Schwung zu halten. Wir wünschen Rainer und Joshua ein gutes Händchen und viel Erfolg. □

**JONATHAN**  
NATURKOST

**Herzlichen Dank für alles!**

Und das Beste zum Schluss:

**Es geht weiter! Sehr kurzfristig haben sich Nachfolger gefunden. Im August geht es wieder los. Ich hoffe, Sie werden dem "Neuen" so gute Kunden sein wie dem "Alten"!**

Marktstr. 94, 28382 Wilhelmshaven, Tel./Fax 04421/13438 Uhr

# Links aus?

## Die Linke in Wilhelmshaven hat sich zerfleischt

(red) "Es gibt einen neuen Kreisvorstand der LINKEN – Ruhe wird aber nicht einkehren". Diese Einschätzung der GEGENWIND-Redaktion in der Ausgabe 257 (sh. Artikel "Links ab!") könnte sich als falsch herausstellen. Es sieht so aus, als wäre sogar Friedhofsruhe eingekehrt. Nachdem die politische Auflösung der Wilhelmshavener Linken schon seit einigen Monaten in Gang ist, kommt jetzt wohl auch noch die personelle Auszehrung dazu.

## DIE LINKE.

Ein kurzer Überblick über die Ereignisse, die zu dem beschriebenen Zustand führten: Der Höhenflug der Wilhelmshavener Linken erreichte mit dem Ergebnis der letzten Landtagswahl (11,3% Zweitstimmen) einen Höhepunkt. 2009 bekam die Partei dann personelle Verstärkung von aus der SPD ausgetretenen Genossen. Diesen politikerfahrenen Leuten gelang es relativ schnell, sich in die Strukturen der Partei einzuarbeiten, und bei der Linken gab es plötzlich auch eine kommunalpolitisch ausgerichtete Arbeit. Gleichzeitig entwickelte sich eine Gruppe (die Fraktion), die mehr oder weniger offen die Abwahl des Vorstands betrieb, da dieser nicht basisdemokratisch ausgerichtet sei (siehe Gegenwind-Gespräch mit Johann Janssen, Klaus Heckenbach und Johann Wilms, Gegenwind 255, Dezember 2010). Es kam zu putschähnlichen Mitgliederversammlungen.

### Eingriff in die Autonomie

Am 26. Februar 2011 kam es dann zu einer Kreismitgliederversammlung (KMV), auf der der bisherige Vorstand abgewählt wurde. Eingeladen zu dieser KMV hatte die Landesgeschäftsführerin Maren Kaminski.

Radio Abonga schreibt: *Auf einer Kreismitgliederversammlung der Partei DIE LINKE, am 26.02.2011, kam es zum offenen Schlagabtausch zwischen dem amtierenden Vorstand und den Mitgliedern. Nach einem Misstrauensvotum wurde der Vorstand abgewählt. (...)*

*Eine Riege um und mit dem Vorstand (Detlef Schön, Helga Weinstock, Tim Sommer, Stefanie Sommer, Anette Nowak, Anette Kruse-Janssen) taktierte schon seit Monaten mit Enthüllungen, Diffamierungen sowie Parteiausschlussverfahren gegen Mitglieder. Dies scheiterte letztlich an der Solidarität und der Mehrheit der Mitglieder, die sich bis zuletzt gegen die Machenschaften aus Missachtung persönlicher Rechte und Agitation gegen Andersdenkende gewehrt hatten. (...)*

*Klaus Heckenbach, Ralph Herrmann, Elisabeth Wolf, Yasmin Roos, Melanie Zinn als neuer Vorstand der Partei ließen keinen Zweifel an ihrer konstruktiven und offenen Partei- und Mitgliederarbeit zu.*

Diese KMV wurde von den unterlegenen Mitgliedern angefochten. Zu Recht, wie der (noch nicht schriftliche vorliegende) Schiedsspruch der Landesschiedskommission vom 18.06.2011 bestätigte: Die Ladung durch die Landesgeschäftsführerin Maren Kaminski stellte einen unzulässigen Eingriff in die Autonomie des Kreisverbandes dar. Die Versammlung und alle auf ihr gefassten Beschlüsse und Wahlen sind nichtig.

### Wünsch dir was

Bei der Verhandlung der Landesschiedskommission vertraten Maren Kaminski und Manfred Sohn, die die KMV am 26.02. geleitet hatten, den Kreisverband Wilhelmshaven. Sohn, der Landesvorsitzende der niedersächsischen Linken, nutzte seinen Auftritt dort, um der Kommission mitzuteilen, welcher Spruch politisch gewünscht wäre. Mit Blick zu den Vertretern der Antragsteller kündigte er an, dass nach der Kommunalwahl jemand vom Landesvorstand kommen wolle, um mit der "Mehrheit" und der "Minderheit" eine Form zu erarbeiten, die es auch der "Minderheit" ermöglichen soll, sich einzubringen.

Doch so lange wollen viele Mitglieder nicht warten. Diejenigen, die die Anfechtung betrieben hatten, waren, teilweise jedenfalls, jedoch am Ausgang des Verfahrens schon gar nicht mehr interessiert. Zwischen dem 26. 02 und dem 18.06. waren schon einige Mitglieder aus der Partei ausgetreten; andere wollten nur noch den Schiedsspruch abwarten, danach aber unabhängig von dessen Wortlaut auch austreten.

### Austrittswelle

*"Hiermit kündige ich meine Mitgliedschaft in der Partei Die Linke mit sofortiger Wirkung. Die Entscheidung ist mir sehr schwer gefallen, denn ich sehe, dass nur durch diese Partei die solidarische Gesellschaft erreicht werden kann. Ich stehe weiterhin zu den Zielen dieser Partei. Ich habe hier die größte Schnittstelle zu meinen Idealen und Lebensleitlinien gefunden. Wir treten ein für den Frieden überall, aber in der eigenen! Partei (Kreis-Verband) ist Krieg. Wir kämpfen für eine allumfassende solidarische Gesellschaft und im eigenen KV herrscht der Egoismus und die Ausgrenzung etlicher GenossInnen, nur weil sie in der SPD waren bzw. Christen sind. Aber auch gewerkschaftlich orientierte Mitglieder haben es nicht leicht.",* schreibt das Ratsmitglied Gerold Tholen in seinem Austrittsschreiben.

*"Mit viel Hoffnung und Elan sind wir im September 2009, nach jahrelanger Mitgliedschaft in der SPD den LINKEN beigetreten. Zusammen mit 6 weiteren ehemaligen Mitgliedern der SPD haben wir bei den LINKEN unsere politische Heimat gesehen. Von Beginn der Mitgliedschaft an wurde uns die ehemalige Mitgliedschaft in der SPD vorgehalten. Und dennoch gab es ausreichend Genossinnen und Genossen, die uns das Gefühl gegeben haben, bei den LINKEN richtig zu sein."* heißt es im Austrittsschreiben von Stephanie & Tim Sommer.

Und Anette Kruse-Janssen, die für unsere Ausgabe 257 noch davon geschrieben hatte, dass sie und andere immer noch viel Elan und Lust haben, in der LINKEN politisch tätig zu sein, hatte uns kurze Zeit später schon korrigierend mitgeteilt: "Noch

*in der letzten Woche habe ich einen Artikel für den Gegenwind verfasst, in dem ich erklärte, dass ich weiterhin in der Partei 'DIE LINKE' bleiben und dort im Ortsverband weiterarbeiten werde. Letzte Woche dachte ich noch, dass jedenfalls dort eine inhaltliche Arbeit möglich ist. Inzwischen bin ich eines Besseren belehrt worden: Auf der ersten Sitzung des OV Nord-West in diesem Jahr dominierte eine Gruppe um das neue Kreisvorstandsmitglied Klaus Heckenbach und verhinderte jegliche politisch inhaltliche Diskussion. Wieder wurden persönliche Angriffe gefahren, der schlimmste davon war, dass ein Genosse mit 'du schwuler Schönling' beleidigt wurde."*

In ihrem Austrittsschreiben direkt nach der Verhandlung vor der Landesschiedskommission heißt es u.a.:

*"Zusammen sind jetzt ungefähr 20 Personen, Gewerkschafter, Ex-SPDler (tatsächlich, so werden sie immer noch genannt), Mitglieder der Arbeitsloseninitiative, des Bündnisses gegen Rechts, Redakteure des 'Gegenwindes', Sprecher der LAG selbstbestimmte Behindertenpolitik, Kirchenratsmitglieder, Mitglieder des Stadtelternrates, Mitglieder von verschiedenen Bürgerinitiativen ab morgen ehemalige Partei-Mitglieder, die sich nichts sehnlicher gewünscht haben als soziale und gerechte Politik zu machen und die glaubten, endlich eine politische Heimat gefunden zu haben."*

*Zwar haben wir einige angestrenzte Schiedsverfahren gewonnen, aber gegen den Landesvorstand, gegen die Kreisverbände Friesland und Wittmund und gegen diese merkwürdige "Fraktion" der Partei in Wilhelmshaven haben wir keine Lust und keine Kraft mehr zu kämpfen. Wir brauchen unsere verbliebenen Kräfte für die wirklichen Kämpfe: für eine Verbesserung der Lebensbedingungen der Menschen. Viele haben es anscheinend noch nicht erkannt: Der Sieg dieser unheiligen Allianz aus Frauenfeinden, Rechtspopulisten, Ex-Nazis und vermeintlichen Revolutionären in Wilhelmshaven ist kein Sieg für die Partei."*

Matthias Tiller, der als Mitglied der 'Fraktion' selber monatelang miterlebt hat, was dort lief, schreibt: *"Schon früh wurden Mitglieder unserer Nachbarkreisverbände kontaktiert und gegen den damals amtierenden Vorstand aufgehetzt. So kam es, dass sich selbst Teile des Landesvorstandes mit der 'Fraktion' solidarisierten und mit ihr kollaborierten. Dies gipfelte in der entscheidenden Kreismitgliederversammlung, bei der Genossin Kaminski und Genosse Sohn durch mehrfache Satzungsbrüche die Absetzung des KV-Vorstandes durchführten. (...)*

*Die geforderte 'Basisdemokratie' wurde nicht eingeführt! Stattdessen regiert die Fraktion mit eiserner Hand. Vorstandssitzungen werden im Geheimen durchgeführt, wichtige Mitgliedertreffen ins sogenannte 'Epizentrum' verlegt. Wir, die wir nicht zur Fraktion gehören, werden bei Mitgliedertreffen ignoriert oder gar gemobbt."*

*"...ich wollte der LINKEN jedenfalls als Mitglied und Wähler erhalten bleiben und im bevorstehendem Wahlkampf den Kandidaten für die Kommunalwahl zur Seite stehen. Doch bei der Lektüre der Seite 5 der gestrigen Ausgabe unseres hiesigen Tagesblattes wurde mir klar, dass dieses Engagement nur mit einem Gesichtverlust in der Außenwahr-*

nehmung meiner Person enden würde.

Bei aller gebotener Fairness und der persönlichen Wertschätzung eines jeden einzelnen Kandidaten, der für unsere Partei zur Kommunalwahl antritt, möchte ich doch an dieser Stelle daran erinnern, dass es sich am 11.09. d.J. um eine seriöse Wahlveranstaltung handelt und nicht um ein politisches Kabarett!

Sorry, diese Liste von Kandidaten ist eher der letzte Schrei der Verzweiflung, fast schon partei- und imageschädigend und zeigt leider, in welcher personellen Not wir uns befinden! Und das, liebe Genossinnen und Genossen, nicht einmal knapp 3 Jahre nach unseren herausragenden Ergebnissen und Erfolgen zur Landtagswahl im Januar 2008!" begründet Bernd Ramien seinen Austritt.

### Nicht die Letzte

Abschließend noch ein Zitat aus dem Schreiben von Helga Weinstock:

"Ich will nicht die Letzte sein, die austritt. Alles in Allem sei hier nur noch gesagt, dass ein Kreisvorstand, der sich an keine Regeln hält, in dem es keinen roten Faden gibt, der basisdemokratisch sein will, die Basis aber nicht mit einbezieht, für mich nicht mehr akzeptabel ist. Alle linken Gruppierungen wie das Netzwerk gegen Rechts, der DGB, die Arbeitsloseninitiative sowie die alternative Zeitung Der Gegenwind, haben sich von Inga Asmus, Daniel Peschel (Epi-Zentrum-red-) und Johann Janssen distanziert, nur die Partei DIE LINKE dürfen sie kaputt machen. Welche unheilige Rolle Anja Kindo (Mitglied des erweiterten Landesvorstands -red-) dabei spielt, solltet ihr vielleicht noch überprüfen und zwar in eurem eigenen Interesse, mich interessiert das nicht mehr. Ich werde weiter Kommunalpolitik machen, und in dieser Funktion darf DIE LINKE vor Ort dann mit mir rechnen."

Nach unseren Schätzungen sind über die Hälfte der aktiven Mitglieder, (cirka ein Viertel der zahlenden) dem Kreisverband in den Monaten der Grabenkämpfe abhanden gekommen.□

### Die Niedergang der Wilhelmshavener Linken

Da lief nichts mehr zusammen – und so gab es nur die Entscheidung: weitermachen oder aufhören.

Doch aufhören – was dann? Ein Teil der ausgetretenen Mitglieder ist der BASU beigetreten bzw. tritt auf deren Liste zur Kommunalwahl 2011 an. Ob von dort aus dann noch linke Politik gemacht werden kann, wird sich zeigen.

Warum haben sich die Ex-Linke-Mitglieder nicht als Gruppierung "Wilhelmshavener Linke" o.ä. zur Wahl gestellt – mit einem linken Programm und mit vorwärtstreibenden Aktivitäten? Ging es den schnell zur BASU geeilten Ex-Genossen nur um ein Pöstchen im nächsten Rat? Jetzt wird es dort vielleicht eine kleine Gruppe der Linken geben und daneben die nicht viel größere Gruppe der BASU. Und da sind die Nicklichkeiten schon wieder vorprogrammiert. Schade!

Hannes Klöpfer

## Ein lachendes und ein weinendes Auge Gegenwind-Gespräch mit Ralph Herrmann (Mitglied des geschäftsführenden Vorstands der Linken)

**Gegenwind:** Wie sieht der Kreisvorstand die Entwicklung nach dem Schiedsspruch?

**Ralph Herrmann:** Wir sind natürlich nicht glücklich über die Entwicklung. Die ehemaligen Vorstandsmitglieder haben sich nicht anständig verhalten. Wir haben den Vorstand abgewählt, weil er nicht den Weg der Aussöhnung gegangen ist. Es wurde Maulkörbe verhängt, es gab hier auf einmal Geheim Sitzungen.

Das ist ja auch ein Vorwurf, der dem jetzigen Vorstand gemacht wird. In einem Austrittsschreiben heißt es, dass neben den öffentlichen Sitzungen auch Geheim Sitzungen stattfinden.

Nee, das stimmt eigentlich nicht – das hat der alte Vorstand übrigens auch selber gemacht, genau das Gleiche haben die auch gemacht.

Ich finde es nur erstaunlich, dass der neue Vorstand genauso handelt, wie er es dem alten vorwirft.

Als wir den Vorstand übernommen haben, haben wir gesagt, wir kümmern uns um das, was verwaltungsmäßig anliegt und alles andere, die Politik, die Arbeit soll eigentlich von den Mitgliedern geleistet werden.

Seit einem halben/dreiviertel Jahr ist vom Vorstand eigentlich keine Arbeit mehr geleistet worden. Mir geht es darum, was jetzt ist. Ca. 20 Leute sind ausgetreten.

Also bis jetzt sind fünf Leute ausgetreten.

Mir liegt ein Schreiben vor, in dem steht, das 20 Leute ausgetreten sind. Das stört euch aber nicht weiter?

Der alte Vorstand wollte Politik streng nach Parteimuster machen. Wir wollten immer basisdemokratisch entscheiden. Wir haben gesagt, es ist wichtig, wenn wir einen gesellschaftlichen Umbruch machen wollen, alle Mitglieder einzubeziehen, und das wollten die nicht. Als die Mitglieder aufgebeht haben, haben sie die nicht für voll genommen, und die Quittung haben sie dann letztendlich erhalten. Sie sind abgewählt worden – auch wenn diese Versammlung im Nachhinein nicht korrekt war, aber der alte Vorstand war ja damit einverstanden, dass der Landesvorstand einlädt. Das steht in einem Geheimprotokoll – Anette Nowak hat sich damit einverstanden erklärt, dass der Landesvorstand einlädt, die hat das ja auch alles organisiert, die Räumlichkeiten besorgt, hat sich auf der KMV bedankt, dass Maren Kaminski und Manfred Sohn gekommen sind – dann sind die abgewählt worden und dann wird das Ganze angefochten – das ist ein Witz, einfach ein Witz.

Zurück zu den Austritten.

Was soll ich dazu sagen, dass die Leute jetzt ausgetreten sind – um einige Leute tut's mir leid, es tut mir auch leid, wie das Ganze gelaufen ist, dass die Leute nicht verstanden haben, um was es geht. Ein paar Leute haben angekündigt auszutreten, andere haben auch einen Austritt formuliert – der aber so nicht rechtswirksam ist.

Was heißt nicht rechtswirksam?

Also per eMail auszutreten, das funktioniert nicht.

Aber das nützt euch doch nichts – die sind doch weg. Bernd Ramien ist ausgetreten,

nachdem er in der Wilhelmshavener Zeitung gesehen, hat, wer da für die Linke zur Kommunalwahl antritt.

Das versteh ich nicht. Das sind auf jeden Fall Leute, die geistig so einen Job bewältigen können.

Stichwort: Zukunft der Partei – Kommunalwahl. Wie wird das in hier laufen?

Im Moment gehe ich von einer Schlamm-schlacht aus ...

Zwischen BASU-Kandidaten und der Linken?

Da gehe ich von aus. Ich denke, wir werden einen guten Wahlkampf machen. Unsere Kandidaten sind durchaus in der Lage, ein solches Mandat wahrzunehmen, und die können an ihrem Mandat nur wachsen. Ich gehe davon aus, dass wir in Fraktionsstärke in den Rat kommen und dass das eine gewisse Strahlkraft haben wird. Denn jetzt ohne diesen Streit, ohne diesen Zwist... Die Partei wird sich wieder entwickeln, Um ein paar Leute, die ausgetreten sind, tut's mir leid. Es tut mir leid, dass die nicht erkannt haben, um was es uns eigentlich geht.

Es gab hier doch ständig nur Zoff. Das was sich da als ‚Fraktion‘ im Epi-Zentrum gesammelt hat – es war doch überhaupt keine Arbeit möglich. Es ist doch alles verhindert worden. Wann kommt das Kommunalwahlprogramm?

Programmatische Eckpunkte haben wir, ansonsten haben wir ja das niedersächsische Rahmenwahlprogramm, das sollte auch jedem Kandidaten klar sein, was da drin steht. Aber um in einer Stadt wie Wilhelmshaven punkten zu können, muss man ja schon etwas spezieller werden.

Ralph Herrmann: Wir haben unsere programmatischen Eckpunkte. Wir haben immer wieder Angebote zur Zusammenarbeit gemacht, die wurden nicht angenommen. Jetzt sind die Leute ausgetreten, da kann man nichts mehr machen. Da kann man sich freuen oder auch nicht - mit 'nem lachenden und 'nem weinenden Auge. Es ist schön, dass jetzt klare Verhältnisse sind.

Ist die Linke in Wilhelmshaven nicht kaputt, tot?

Ich sehe das so, dass wir jetzt eine neue Partei mit jungen Parteimitgliedern am Start haben. Die Linke ist nicht tot – sie steht in Wilhelmshaven vor einem Neuanfang.

Vielen Dank für das Gespräch.□



MUSIKKNEIPE IM SÜDEN  
DER STADT

Mainstraße 22 \* Wilhelmshaven  
Öffnungszeiten: tägl. ab 20.00 Uhr

# Das Letzte

**Es gibt so vieles, über das wir gerne noch berichten würden - aber meist fehlt es uns am Platz, manchmal auch an der Zeit. Hier gibt es Meldungen, die der Nachwelt erhalten bleiben müssen.**

## Abgehakt

Bislang bieten die Wahlkampfaußagen unserer zahlreichen Oberbürgermeister-Kandidaten keine Entscheidungshilfe. Alle versprechen Vieles bis Alles, ohne dass ein klares Profil erkennbar wäre. Jetzt hat CDU-Kandidat Andreas Wagner einen Anfang gemacht: In

seiner Wahlkampf-Show Ende Juni versprach er, dass die CDU "auch künftig jenen behilflich sein will, die den 'Traum vom eigenen Haus' verwirklichen wollen", so zitiert in der WZ vom 24.6.2011. In derselben Ausgabe berichtet die WZ über die Ergebnisse der "Stadtgespräche" mit Experten zur zukünftigen Entwicklung Wilhelmshavens. Dort kritisierte der Vertreter der Architektenkammer Niedersachsen, "dass das Idealbild immer noch vom Einfamilienhaus im Grünen ausgeht. Das aber schwäche die Innenstädte, sei flächenfressend und verursache hohe Infrastrukturkosten." Friesland's Landrat Sven Ambrosy und Frank Menzel, Geschäftsführer des Bauvereins Rüstingen, pflichteten ihm bei. Wir schlie-

ßen uns an. Unlängst hatte die Stadt erst beschlossen, dass am westlichen Stadtrand das vorerst letzte Einfamilienhausgebiet entstehen soll. Und jetzt will Wagner wieder in die andere Richtung marschieren? Ohne uns! Der kreative Umgang mit dem demographischen Wandel bleibt langfristig eines der vordringlichen kommunalpolitischen Themen. Wer da so weitermachen will wie bisher, ist fehl am Platz. Wagners Showinszenierung (mit theatralischer Musik und "hübschen Mädchen"), die an die unsäglichen Wahlauftritte in den USA erinnert, setzt noch den i-Punkt auf die Entscheidung, ihn nicht zu wählen.

## Schon vorher

war uns der CDU-OB-Kandidat aufgefallen. Unter dem Motto "Keine Angst vor heißen Eisen" lud er anlässlich des Muttertages Anfang Mai zum Wettbügeln in der Marktstraße ein. "Jede Wilhelmshavenerin sollte an diesem Vormittag mit ihren Ehemann in die Innenstadt kommen und ein ungebügeltes Oberhemd mitbringen", - wenn keine ungebügelten Hemden aufzufinden seien, dann wären in der WahlBar, dem Wagnerschen Hauptquartier in der Marktstraße, auch einige ungebügelte Hemden vorhanden. Wagner dazu auf seiner Internetseite: "In der Politik wird dauernd schmutzige Wäsche gewaschen und selten wieder etwas gradegebügelt", so Andreas Wagner. "Neben dem Spaß und der Anerkennung der täglichen Leistung der Mütter, ging es uns beim Wettbügeln aber auch darum, erneut mit einer Aktion zur Belebung der Marktstraße beizutragen. Dies ist ein "Heißes-Eisen-Thema", das ich ganz oben auf der Aufgabenliste für Wilhelmshaven ansiedele". Da kann man ja nur hoffen, dass der Herr Wagner am 11. September ordentlich einen übergebügelt bekommt und anschließend geplättet ist.

# Ahoi!



Unter diesem dpa-Foto aus der Tagespresse war folgender Text zu lesen: *Bundeswehrosoldaten gehen auf einer Marktstraße in Talokan bei Kunduz, im Norden von Afghanistan, auf Streife, um Kontakt zur Bevölkerung aufzunehmen.* Dabei wirkt das Bild doch irgendwie anders - oder? Vielleicht ein Szenefoto aus einem C-Brutalo-Film mit Dolph Lundgren oder Jean-Claude van Damme - aber wie eine vertrauensbildende Maßnahme wirkt der Auftritt wirklich nicht. Wundert man sich da noch über die ‚Beliebtheit‘ der Bundeswehr in Afghanistan? (hk)

Anzeige

**WWW.BASU-WHV.DE** BASU-TREFFEN: 2X IM MONAT, JEDEN 2. U. 4. MONTAG | RUSCHEREI | 19.30 UHR!

**In 18 Millionen Jahren geht die Welt unter** ... und Wilhelmshaven wahrscheinlich schon viel früher, denn ein weiteres Mördermilliarden-Projekt der Politprominenz, die ihre Entscheidung für einen Kohlekraftwerksneubau nun wohl ohne öffentliche Beteiligung auf den Prüfstand stellen müsste, verzögert sich. FDP und CDU zeigen klare Kante, bekennen sich zur Steinzeittechnologie und die SPD „schwimmt“. Alle drei müssen ihre Wirtschaftspolitik begraben, denn dass Großprojekte eine Stadt voranbringt verkehrt sich zusammen mit den Querelen um den Containerhafenbau ins Gegenteil. Auch die suggerierte Nachhaltigkeit der 7. Nationalen Maritimen Konferenz löste sich schon Tage nach dem Abbau der Zelte ins Nichts auf. Ein Beispiel: Die Reeder hofften auf weitere Subventionen und bekamen sie nicht. In der Konsequenz fahren jetzt mehr Schiffe mit ausländischen Flaggen. Nun sind die BürgerInnen im Oberzentrum gefragt, das haben auch die PolitikerInnen gemerkt, die sie sonst von politischen Entscheidungen ausgeschlossen haben, mit Hilfe des noch amtierenden Oberbürgermeisters. Trotz aller Pannen versucht man aber immer noch, die Spitzenpositionen der Stadt so zu besetzen, dass die Seilschaften bestehen bleiben, allen voran das lokale Heimatblatt mit seinen peinlichen Versuchen, den BürgerInnen Sand in die Augen zu streuen. **Toill!**

**BASU**  
FREIE LISTE FÜR WILHELMSHAVEN  
BILDUNG | ARBEIT | SOZIALES UMWELT  
WWW.BASU-WHV.DE

**KOHLEKRAFTWERKE SIND KLIMAKILLER, PROBLEMBEHAFTE UND SOMIT „OUT“, NUR DIE WILHELMSHAVENER POLITPROMINENZ WILL DAVON NICHTS MERKEN!**

**24 STUNDEN RUND UM DIE UHR INFORMIERT: WWW.BUERGER-WHV.DE**

© GRUPPO1635.COM | Foto: hufensbach